

Warum Costa Ricas Bevölkerung für das Freihandelsabkommen mit den USA stimmte

Am 7. Oktober fand hier in Costa Rica die weltweit wohl erste Volksabstimmung über ein Freihandelsabkommen mit den USA statt. Bei einer Wahlbeteiligung von etwas über 60 Prozent stimmte eine knappe Mehrheit für den Beitritt. Sicher haben sich auch viele asblerInnen über diese Entscheidung gewundert. Ein Brief von Klaus Beißwenger, unserem Projektpartner von R.G.A. 1/2003 erläutert, wie es zu diesem Abstimmungsergebnis kam.

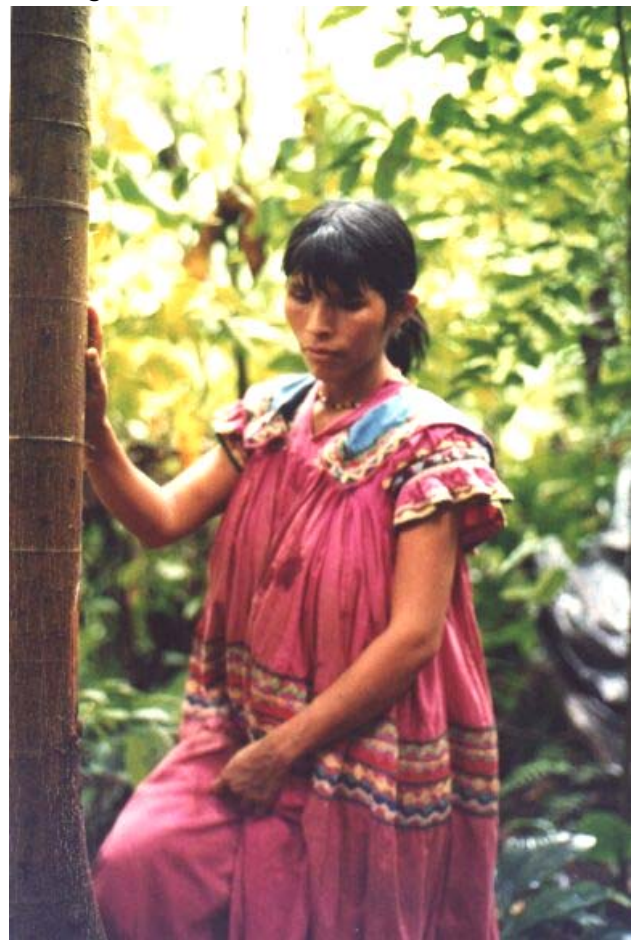
Nachdem das von den USA diktierte Ergebnis für Costa Rica nicht gerade vorteilhaft war, gab es ein langes Hin und Her, und zum Schluss wurde zu einer Volksabstimmung aufgerufen. Die Zeitung „La Nación“, das Propagandainstrument der herrschenden Clans, bringt schon seit Jahren fast täglich eine Negativschlagzeile gegen die staatlichen Monopole im Gesundheits-, Telekommunikations- und Versicherungsbereich. Damit sollte der Boden für Öffnungen und Privatisierungen bereitet werden.

Seit Monaten wurden in den Privatunternehmen die Arbeiter massiv eingeschüchert und mit Entlassungen bedroht, wenn sie nicht für das Abkommen stimmten. Die Bürgermeister wurden bedroht, dass kein Geld in die Gemeindekassen fließt, wenn der Ort nicht YES stimmt, sogar den Indígenas hat man, wie uns Mariano erzählte, weisgemacht, dass bei einem Sieg des NO ihre minimalen Renten gestrichen werden... und gleichzeitig wurde natürlich die breite und bunte Bewegung des NO mit Vorwürfen aus der Mottenkiste verunglimpft, sie sei von Hugo Chavez und Fidel Castro beeinflusst, von Gewerkschaftern manipuliert und von Feinden der staatlichen Ordnung durchgesetzt....

Diese Strategie war von höchster Ebene entwickelt worden. Als ein „Memorandum“ des Vizepräsidenten an den Präsidenten Oscar Arias bekannt wurde, das die Details der schmutzigen Strategie an die Öffentlichkeit brachte, musste der Vizepräsident Costa Ricas zwar seinen Hut nehmen, aber Oscar Arias wusch sich die Hände mit dem Argument, dass ihm täglich massenweise E-Mails zugesandt werden, für die er keine Verantwortung übernehmen kann. Als sich wenige Tage vor dem Referendum noch keine Mehrheit abzeichnete, erschien eine bis dato unbekannte Susan aus dem US-Handelministerium in den Medien, der zufolge die US-Regierung nicht bereit sei zu Nach- bzw. Neuverhandlungen.

Bei allem dem war es dann schon ein Riesenerfolg, dass fast 49 Prozent der an der Abstimmung teilnehmenden Bevölkerung NO stimmten!

Am Sonntag vor dem Referendum fand eine riesige Versammlung des NO auf dem Paseo Colón statt, angeblich die größte Demonstration in der Geschichte Costa Ricas. Laura, Nicolás und ich waren natürlich dabei, wir trafen einige alte Bekannte und Nicolás sogar seine Kindergärtnerin!



Selbst Petrus leistete seinen Beitrag und bescherte uns mitten in der Regenzeit einen trockenen Sonntag. Als Hauptredner traten der Rektor einer der vier staatlichen Universitäten auf sowie der emeritierte katholische Bischof von San Isidro. Die amtierenden Bischöfe hielten sich dagegen auffällig zurück. Jung und Alt, Familien, Künstler, Straßenhändler und selbst gebastelte Schilder sorgten für ein buntes Treiben auf der breitesten Alleen der costaricanischen Hauptstadt.

Was wird das Freihandelsabkommen bringen? Keiner weiß es. Während die Befürworter

des YES Tausende neue Arbeitsplätze und Exporte in Rekordhöhen versprochen, befürchten die Gegner den Ausverkauf des Landes und den Zusammenbruch des Sozialsystems. Das Hunderte von Seiten dicke Werk beinhaltet auch widersprüchliche Paragraphen und viel Spielraum für Interpretationen.

- ern „ganz frei“ mit subventionierten nord-amerikanischen Großbetrieben konkurrieren.
- Das staatliche Telekommunikationsunternehmen ICE muss sich dem Markt öffnen, wobei das ICE den Konkurrenten die Infrastruktur zum Kostenpreis anbieten muss. Die Warteschlangen von Bewerbern um ein Telefon haben dem Image des ICE schwer geschadet, aber Tatsache ist, dass es dank dem ICE ein flächendeckendes Netz von Telefonen auch in ganz unrentablen ländlichen Gegenden gibt. Selbst in unzugänglichen Indígena-Reservaten ohne Strom findet man solarbetriebene öffentliche Fernsprecher, die schon manches Leben gerettet haben.
- Ein heiß diskutiertes Thema war die Gesundheit. Da die Pharmamultis ihre Patentrechte im Abkommen verankerten, befürchtet man einen erheblichen Preisanstieg bei Medikamenten, denn bis dato hat die staatliche Krankenkasse vor allem nicht patentierte Mittel benutzt. In diesem Zusammenhang steht auch eine abstruse Klausel des Abkommens, dem zufolge der Staat, sinngemäß übersetzt, zum Schutz des Lebens seiner Bürger alles tun kann, sofern er nicht gegen Geschäftsinteressen verstößt.

Die Befürchtungen gehen in mehrere Richtungen:

- Da die USA sich von Anfang an geweigert hatten, das Thema ihrer Subventionen zu diskutieren, werden (nach entsprechenden Übergangsfristen) die costaricanischen Reis- und Maisbau
- Für Konflikte werden supra-nationale Instanzen zuständig sein, so dass der Staat einen Teil seiner Autorität und Souveränität verliert. Wenn der Staat multinationalen Unternehmen beispielsweise aus Umweltgründen eine Genehmigung verweigert, hat das Unternehmen die Möglichkeit zur Klage wegen Geschäftsschädigung. Was das bedeuten wird, steht noch in den Sternen.
- Abkommen dieser Art haben in der Regel eine weitere Polarisierung der Gesellschaft verursacht. Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer. Sollte damit ein Anstieg der Kriminalität einhergehen, wird dies „trotz günstigem Investitionsklima“ auch negative Auswirkungen auf den Tourismus haben.

Bei alledem geht es selbstverständlich nur um Waren und Geschäfte. Die Menschen kommen im Abkommen nicht vor. Wenn der Bauer aus Talamanca seine Kochbananen in den Malls von Miami oder Los Angeles bestaunen möchte, muss er auch weiterhin 100 US-\$ Bearbeitungsgebühr an die US-Botschaft bezahlen, seine Besitz- und sonstigen Verhältnisse offen legen, ein Verhör über sich ergehen lassen und hat trotzdem keinerlei Garantie auf ein Einreisevisum.

Klaus Beißwenger